

Nun ist Biel auch im Parlament wieder eine linke Stadt

Stadtrat Was bei den Wahlen 2012 verloren ging, hat Rot-Grün zurückgewonnen: Wie in der Regierung stellen die Linken für die nächsten vier Jahre auch im Parlament die Mehrheit. Das sorgt im bürgerlichen Lager natürlich für Ängste.

Parzival Meister

Es ist 19.40 Uhr am Sonntagabend. Im Kongresshaus Biel treffen nach und nach die Vertreterinnen und Vertreter der Parteien ein. Sie wissen bereits, dass Rot-Grün die Mehrheit in der Regierung verteidigt hat. Sie wissen auch alle ganz genau, wie die Bielerinnen und Biel bei den nationalen Vorlagen gestimmt haben: zahlreich und tendenziell links. Die Frage, die nun noch offen steht: Wie setzt sich das Parlament in den nächsten vier Jahren zusammen? 2012 war es, als Links-Grün die Mehrheit an die Bürgerlichen abgeben musste. 2016 dann sorgte das Stimmvolk für eine Pattsituation, also je 30 Sitze für beide Lager. Und am gestrigen Abend nun deutet alles daraufhin, dass Links-Grün die Mehrheit im Stadtrat zurückerobert würde. Unter den SP-lern und Grünen ist vor allem Zuversicht auszumachen; bei den Bürgerlichen dominiert das Prinzip Hoffnung.

Spätestens als Vize-Stadtschreiber Julien Steiner die Resultate der Parlamentswahl verkündet, ist es mit der Hoffnung vorbei. Biel ist eine links-grüne Stadt, nicht mehr nur in der Regierung, nun auch eindeutig wieder im Parlament.

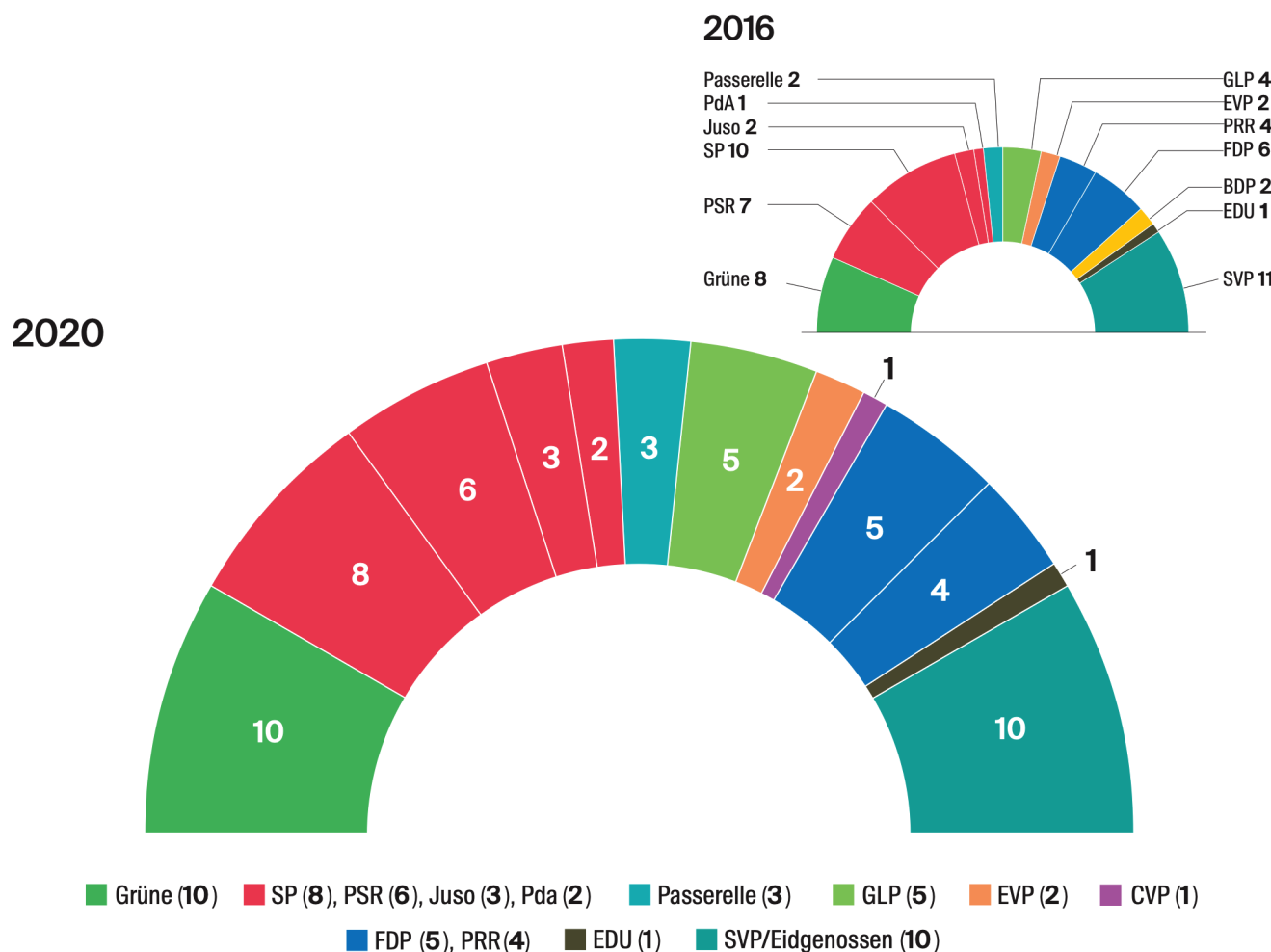
Die Frauen haben aufgeholt

SP, Juso, PSR, Grüne, PdA und die Passerelle besetzen künftig 32 der 60 Bieler Stadtratssitze. Zählt man in Klimafragen noch die fünf Stimmen der Grünliberalen dazu, die um einen Sitz zulegen konnten, ergibt dies eine komfortable Mehrheit.

Auch wenn zwischen Links-Grün und Mitte-Rechts in der nächsten Legislatur keine Ausgeglichenheit mehr herrscht, so sorgten die Wählerinnen und Wähler dafür in einem anderen Bereich für gleichwertige Kräfteverhältnisse: Die 30 Sitze teilen sich bald 30 Männer und 30 Frauen. Das ist eine massive Steigerung des Frauenanteils, wurden vor vier Jahren doch nur 17 Frauen in den Stadtrat gewählt.

Doch zurück zu den Parteien. Dort gab es auch auf linker Seite nicht nur Sieger auszumachen. Die SP etwa verlor zwei Sitze und kommt nun auf acht Mandate. Die Juso, die mit der SP eine Fraktion bildet, konnte um einen Sitz auf drei zulegen. Unter dem Strich bedeutet dies also den Verlust eines Sitzes. Und auch die welschen Sozialdemokraten mussten ein Mandat abgeben. SP-

Der Stadtrat 2020 und 2016: Das sind die Verschiebungen



GRAFIK: BT/ml Quelle: Stadt Biel

Co-Präsidentin Susanne Clauss sagte denn auch, man könne «nicht nur jubeln». Bei der Frage nach den Gründen für die Sitzverluste wollte sie sich aber nicht zu weit aus dem Fenster lehnen.

Die ehemaligen SPLer

Augenfällig ist: SP und PSR büssten genau so viele Sitze ein, wie sie während der Legislatur Mitglieder verloren haben. Niels Arnold und Dana Augsburger-Brom verliessen beide die SP-Fraktion, Mohamed Hamdaoui wechselte zur CVP und wurde für diese nun in den Stadtrat gewählt. Dana Augsburger-Brom schloss sich der Passerelle an und schaffte dort ebenfalls die Wiederwahl. Nur Niels Arnold, der für diese Wahlen auf der Liste der GLP antrat, wurde nicht wiedergewählt.

«Wir haben nur eine knappe Mehrheit. Die Passerelle kann auch mal ausscheren.»

Alfred Steinmann, Präsident Fraktion SP/Juso

Im linken Lager zugelegt haben hingegen die Grünen. Sie konnten zwei Sitzgewinne verbuchen und haben nun zehn Mandate im Stadtrat. Mit je einem Sitzgewinn sorgten schliesslich die Partei der Arbeit PdA (neu zwei Sitze) und die Bürgerbewegung Passerelle (neu drei Sitze) für die Links-Grüne Mehrheit.

Die Hoffnung von Links-Grün

Doch was bedeutet es für die Stadt Biel, dass im Parlament nun dieselben Mehrheitsverhältnisse wie in der Regierung herrschen? Urs Scheuss, Präsident der Grünen Biel, formuliert es so: «Nun können wir mit dem vorwärtsmachen, was der Gemeinderat aufgegleist hat.» SP-Co-Präsidentin Clauss pflichtet Scheuss bei und führt aus, dass nun Investitionen in den Dossiers Langsam-

verkehr und Klimaschutz gesprochen werden müssten, auch für die Schulhäuser brauche es dringend Geld und nötig sei eine soziale Abfederung der Corona-Auswirkungen.

Wenn Links-Grün nun, wie es Urs Scheuss sagt, «vorwärtsmachen kann», heisst das im Umkehrschluss, dass Mitte-Rechts künftig nicht mehr mitdiskutieren darf? Scheuss sagt zwar, die Bürgerlichen könnten sich nun aus der Verantwortung nehmen. Gleichzeitig gibt Alfred Steinmann, Präsident der Fraktion SP/Juso, zu bedenken: «Wir haben nur eine knappe Mehrheit.» Die Passerelle könne bei bestimmten Themen auch mal ausscheren. Man brauche die Bürgerlichen also auch in Zukunft. Und Susanne Clauss sagt: Es sei auch in ihrem Interesse, dass ein Entscheid breiter abgestützt sei als von Links-Grün.

Die Sorgen der Bürgerlichen

Nicht verwunderlich ist, dass auf bürgerlicher Seite eine gewisse Besorgnis auszumachen ist. So etwa bei der FDP, die einen Sitz abgeben musste. So befürchtet Stadtrat Peter Bohnenblust, dass nun «noch weniger Sorge zum Geld» getragen werde. Und FDP-Parteipräsident Reto Lindegger mahnt: «Sie müssen sich bewusst sein, dass sie auch der Wirtschaft gegenüber eine Verantwortung tragen.» Auch sagt er, es werde vor allem dann schwierig, wenn die Polparteien ihre «Ideologien durchziehen». Ähnlich äusserte sich Dennis Briechele, Präsident der Bieler Grünliberalen. Wirklich gewonnen hätten nämlich Politiker «am linken Rand». Es sei nun Aufgabe der GLP, mit den «gemässigten Kräften von SP und Grünen pragmatische Lösungen zu finden». Sandra Schneider, Fraktionspräsidentin der SVP/Die Eidgenossen, sagte, ihr bereite vor allem die künftige Verkehrspolitik Bauchweh. «Wir sind die einzige Partei, die sich noch für Autofahrer einsetzt.» In diesem Bereich werde die SVP weiter Akzente setzen. Mit Volksinitiativen zum Beispiel.

Die SVP übrigens konnte mit einem Sitzverlust den Schaden in Grenzen halten. Den zehnten Sitz erlangte sie mit einem Restmandat. 80 Stimmen weniger, und dieser Sitz wäre an die Liste «Vereinte Mitte» gegangen. So aber musste das Mitte-Bündnis mit CVP und BDP einen Sitzverlust hinnehmen; und die BDP ist gänzlich aus dem Bieler Stadtrat verschwunden. Von Restmandaten profitiert haben zudem Juso, Passerelle, EVP und EDU.